

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise  
sind in der Morgenausgabe angeschlossen  
Redaktion: S.M. 66, Cindruftstraße 3  
Verlagsdruck: Dönhofs 202 - 204  
Tel.-Abteilung: Sozialdemokratisches Berlin

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenverwaltung  
S.M. 66, Cindruftstraße 3

Verleger: Dönhofs-Verlag GmbH  
Doxia S.M. 66, Cindruftstraße 3  
Verlagsdruck: Dönhofs 2000-2007

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

# Wahlen in Thüringen und Lübeck.

## Sieg der Reichswehr und des „Ordnungsblocks“.

Weimar, 11. Februar, 11 Uhr vormittags. (Eigener Drahtbericht.) Aus den bisher vorliegenden Wahlergebnissen ergibt sich folgende Stimmenzahl: USPD. 161 813, SPD. 126 585, Ordnungsbund 333 098, Völkische 65 032, Freie Wirtschaft 2098, USP. 5063. Es stehen jedoch noch die Landkreise Altenburg, Greiz und Meuselwitz aus, die stark industriell durchsetzt sind. Nach den bisherigen Resultaten ist anzunehmen, daß sich der Kandidat für Thüringen zusammenschließen wird aus 25 Mitgliedern des „Ordnungsbundes“ (bisher einschließlich der Völkischen 26), 14 Sozialdemokraten (bisher 22), 10 (6) SPD. und 5 Völkischen.

Die Telegraphen-Union gibt in der Mittagsstunde dieses vorläufige Gesamtergebnis: Nach dem Ergebnis der Thüringer Landtagswahlen verteilten sich die Sitze folgendermaßen: Ordnungsbund 32, Völkische 6, Sozialdemokraten 15, Kommunisten 12, zusammen 65.

Der bisherige Landtag zählte nur 54 Abgeordnete. Wenn jetzt deren 65 herausgerechnet werden, so ist das auf die Eigenart der thüringischen Verfassung zurückzuführen. Nach dieser wird auf je 12 000 der für die einzelnen Wahlvorschläge in den Wahlkreisen abgegebenen Stimmen ein Abgeordneter zugeteilt. Die danach in den Wahlkreisen unberücksichtigt gebliebenen Stimmen werden dann über das ganze Land zusammengezählt und für je 12 000 ein weiterer Abgeordneter bestimmt. Auf jeden alsdann noch verbleibenden Rest von mehr als 9000 Stimmen entfällt ein weiterer Abgeordneter. Bei der außerordentlich starken Wahlbeteiligung am Sonntag ist also eine Verschiebung der Abgeordnetenzahl durchaus begründet.

Weimar, 11. Februar, 12 Uhr mittags. (W.T.B.) Stand der Wahlen zum Thüringischen Landtag: Ordnungsbund 386 000 Stimmen, Vereinigte Sozialdemokraten 200 000, Kommunisten 155 000, Unabhängige 5000, Freier Wirtschaftsband 2000, Völkische 78 000.

### Einzelergebnisse.

Bisher liegen folgende Einzelergebnisse von der Landtagswahl vor (die in Klammern gesetzten Ziffern beziehen sich auf die Wahlen von 1921):

	Sozialdemokraten	Kommunisten	Ordnungsbund	Völkische	(Pärg. auf.)
Sera . . . . .	14781 (21000)	7942 (2687)	90089	7001	(19682)
Arna . . . . .	6224 (8148)	6508 (2889)	14265	2981	(17077)
Gotha . . . . .	1907 (2494)	7968 (5074)	16026	8842	(9903)
Ermar . . . . .	4286 (4299)	4000 (1686)	12412	4786	(10504)
Eitenach . . . . .	6740 (6487)	8590 (1412)	18087	2120	(8212)
Altenburg . . . . .	10158 (11182)	2078 (892)	10165	2887	(9782)
Apolda . . . . .	3134 (2762)	2187 (927)	7487	912	(8905)
Arnstadt . . . . .	8002 (8652)	2764 (1807)	4833	1584	(4342)

### Landkreise:

Jena-Neuba . . . . .	10071 (14618)	6018 (8088)	24012	1210	(19611)
Eitenach . . . . .	10451 (18589)	6992 (2879)	22754	11987	(19790)
Reinlingen . . . . .	11490 (14829)	9612 (3246)	28021	4888	(90789)
Hildburghausen . . . . .	4288 (6147)	4926 (2416)	17798	4801	(16250)
Sonneberg . . . . .	14270 (14998)	7474 (8540)	17761	631	(10054)
Schleiz . . . . .	5597 (8899)	1567 (829)	12610	5444	(12909)

### Weitere Einzel-Resultate:

Reisa-Weiß . . . . .	1042	811	2004	151
Eisenberg . . . . .	1918	1998	1862	2928
Sonderhausen . . . . .	611	625	2661	687
Altenau-Stadt . . . . .	2274	1507	2677	1178
Böghed . . . . .	1800	2700	8800	1300

Die Wahlen in Thüringen, deren Ergebnisse erst im Laufe des heutigen Vormittags allmählich einfließen, haben, wie niemand anders erwartete, eine Einbuße an sozialdemokratischen Stimmen gebracht. Unsere Partei stand im Kreuzfeuer des bürgerlichen Ordnungsblocks auf der einen Seite, der Kommunisten auf der anderen. Der unerhörte Verleumdungssturz der bürgerlichen Wahllegitimation richtete sich ausschließlich gegen sie. Gegen sie wirkte der Druck des militärischen Ausnahmezustandes, er wirkte aber auch für die Kommunisten, da zahlreiche proletarische Wähler ihren berechtigten Empörung darüber am besten Ausdruck geben zu können glaubten, daß sie für die scheinbar „radikalere“ Richtung ihre Stimmen abgaben.

Das Bild, das sich für die politische Arbeiterbewegung in Thüringen ergibt, ist betrübend. Die Kommunisten haben durch ihre Spaltungsarbeit nichts anderes erreicht als eine bürgerliche Mehrheit. So mühe, wenn Vernunft regierte, jedermann einsehen, daß auf diese Weise nicht weiterzukommen ist. Der Kommunismus vermag nichts anderes als die Macht, die die Sozialdemokratie zur Vertretung der Arbeiterinteressen aufbringen kann, zu schwächen, ohne selbst zu ihrer Förderung auch nur das allgeringste leisten zu können. Er hat keine Aussicht, seine Phantastereien in die Wirklichkeit umsetzen zu können, ihm gelingt nichts anderes, als die Reaktion zu kräftigen.

Die thüringische Sozialdemokratie hätte den Schaden, der jetzt entstanden ist, eindämmen können, wenn sie den Kommunisten gegenüber eine klarere und festere Haltung eingenommen hätte. Solange die Kommunisten es ablehnen, auf dem

Boden des Parlaments und des allgemeinen Wahlrechts praktische Arbeit im Interesse der werktätigen Massen zu leisten, solange sie das unsinnige Ziel verfolgen, durch Gewalt die Herrschaft ihrer eigenen Partei als einer Minderheit aufzurichten zu wollen und solange sie als Mittel zur Erreichung dieses Ziels die Bekämpfung der Sozialdemokratie, die Zersplitterung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung betrachten, solange bleibt jedes Vordringen mit ihnen Selbstmord. Nur im Kampf gegen diese Zerstörungsarbeit kann sich die Sozialdemokratische Partei konsolidieren.

Die Freude der Kommunisten über den Stimmenverlust der Sozialdemokratie und den Sieg des bürgerlichen Ordnungsblocks kann nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß sich auch im hochindustriellen Thüringen nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung für die Parole des Kommunismus entschieden hat. Selbst wenn alle kommunistischen Wähler entschlossene Anhänger der scheinrevolutionären Gewaltpolitik wären, was beileide nicht der Fall ist, und selbst wenn die Sozialdemokraten diesen Wahnsinn unterstützen würden, woran sie natürlich nicht denken, so wäre — selbst in Thüringen, von ganz Deutschland nicht zu reden — die stärkere Macht auf der anderen Seite. Eine von den Kommunisten kommandierte „Einheitsfront des Proletariats“ würde der sichersten Niederlage entgegengeführt werden, und noch schwerere Bedrückungen als die bisherigen würden die Folge sein.

Jeder Agitationserfolg der Kommunisten trägt in der Geschichte die Ueberschrift: „Niederlage der politischen Arbeiterbewegung.“

Der bürgerliche Ordnungsbund hat dabei nicht den allergeringsten Grund, auf seinen Wahlsieg stolz zu sein. Als politisches Ziel hatte er angegeben: Sturz der sozialdemokratisch-kommunistischen Landtagsmehrheit. Dieses Ziel hat er erreicht. Aber die sozialdemokratisch-kommunistische Landtagsmehrheit, die sehr knapp war und die schon deshalb niemals den Bogen überspannen durfte, hatte als politischer Faktor schon vor den Wahlen zu existieren aufgehört, nachdem sich die Sozialdemokraten aus eigener Erkenntnis von den Kommunisten getrennt hatten. Die Sozialdemokraten waren die Koalition mit den Kommunisten eingegangen in der Hoffnung, diese allmählich auf den Boden praktischer Arbeit hinführen zu können. Wie trügerisch diese Hoffnung war, hat die Rede Sinowjews mit brutaler Deutlichkeit gezeigt, war aber auch schon zuvor von den Sozialdemokraten erkannt worden. Dafür, daß die knappe sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit als politischer Faktor ausgeschaltet war, hatten die Kommunisten mit ihrer Taktik des Betrugs und des Verrats selber schon gesorgt, dazu war weder der militärische Ausnahmezustand notwendig noch die Entfesselung jener Schlammslut, die durch diesen Wahlkampf herbeigeführt wurde.

Was in Thüringen in den letzten Wochen geschehen ist, das war — abgesehen vom Ergebnis, das man auf den verschiedenen Seiten verschieden beurteilen wird — eine Schande für Deutschland. Noch niemals ist ein Wahlkampf schmutziger, gehässiger, persönlicher, entfernter von jeder „Höhe des Prinzips“ geführt worden als dieser. Die Waffe der Gegner bestand so gut wie ausschließlich aus gemeinen Verleumdungen, sie wurde verstärkt durch die Handhabung des militärischen Ausnahmezustandes. Das Ergebnis ist der Sieg einer zusammengewürfelten Mehrheit, deren Teile, ohne sich gegenseitig unheilbar zu kompromittieren, gar nicht mit einander zusammenarbeiten können, und die während des Wahlkampfes auch selber erklärten, an eine solche Zusammenarbeit auch gar nicht zu denken.

Erfolgt worden ist dieser Sieg durch eine Stärkung der Strömungen von rechts und links, die die demokratische Staatsordnung selbst negieren und die Gewalt auf ihre Fahne geschrieben haben. Wie für die Sozialdemokraten die Kommunisten, sind für die Rechtsparteien die „Völkischen“ zu einem ernsthaften Gegner herangewachsen. Folge davon ist, daß heute noch niemand zu übersehen vermag, auf welcher Grundlage die neue Regierung gebildet werden soll. So hat der Ordnungsbund im Grunde auch nur Zerstörungsarbeit geleistet, er steht auf einem Trümmerhaufen, um im Augenblick seines „Siegess“ auch wieder auseinanderzufallen.

Eine solche Politik ist verständlich von den Deutschnationalen, die schließlich auch nur die Zerstörung der neuen Ordnung in Deutschland wollen. Daß sich die Mittelparteien bis zu den Demokraten in ihr Schicksal nehmen lassen, war ein verhängnisvoller Fehler. Diese Parteien, die angeblich „den Klassenkampf überwinden“ wollen, haben durch die Einseitigkeit des Klassenstandpunktes, den sie einnahmen, die Gegenseite nur noch tiefer aufgerissen.

Inmitten dieser katastrophalen Verwirrung kann sich die Sozialdemokratie den Boden zu neuem Aufstieg schaffen, wenn sie sich als die berufene Führerin aus dem Labyrinth erweist. Dazu wird ihr der Wahlkampf im Reich die beste Gelegenheit bieten. Er wird nicht nach den Froschperspektiven des Thüringer Ordnungsblocks geführt werden

können, sondern er wird die großen Gesichtspunkte der Äußeren und der Inneren Politik wieder zur Geltung bringen. Schließlich wird sich die Sozialdemokratie zwischen der bürgerlichen Reaktion und ihrem Helfer, dem kommunistischen Arbeiterverrat, dennoch die Wasse zum Sieg bahnen mit der blanken Wasse ihrer Weltanschauung und ihres praktischen, klaren Programms.

### Die Wahl in Lübeck.

Lübeck, 10. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die heutigen Bürgerchaftswahlen brachten folgendes Ergebnis: Sozialdemokraten 25 321 Stimmen (bei den Bürgerchaftswahlen 1921: 31 073), Kommunisten 8286 (4330), Hausbesitzer 7671 (5083), Demokraten 6601, Wirtschaftsgemeinschaft (Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Zentrum und Bürgerbund) 19 741 (1921: Vereinigte bürgerliche Parteien einschl. Demokraten 19 834), Deutschvölkische 8558 (Bürgerbund 3527). Die Mandate verteilen sich wie folgt: Sozialdemokraten 28 (1921: 39), Kommunisten 16 (9), Hausbesitzer 8 (6), Demokraten 7, Wirtschaftsgemeinschaft 21 (Vereinigte bürgerliche Parteien einschl. Demokraten 25), Deutschvölkische 6 (Bürgerbund 4). Die Wahlbeteiligung betrug 87,3 Proz. gegenüber 87,7 Proz. beim Volkenscheid vor vier Wochen. Bei diesem Volkenscheid hatten 29 596 mit Ja, also für die Beilegung des Senats, 44 140 mit Nein gestimmt. Damals hatten sowohl die Sozialdemokraten wie die Kommunisten die Parole ausgegeben, für Beilegung des Senats zu stimmen. Es scheinen jedoch nicht alle Anhänger dieser Parole gefolgt zu sein. Denn diesmal stimmten 5000 Wähler weniger für die bürgerlichen Gruppen als beim Volkenscheid, während umgekehrt 5000 Stimmen mehr für die beiden Einheitsparteien gezählt wurden. Abgegeben wurden bei der heutigen Wahl insgesamt 73 487 Stimmen gegen 73 736 Stimmen beim Volkenscheid. Der Wahltag verlief ruhig und ohne Störungen.

### Schwerindustrie gegen Sachverständige.

#### Die ewigen Saboteure.

Der Berliner Korrespondent der „Times“, dessen Objektivität und Gewissenhaftigkeit in journalistischen Kreisen bekannt sind und wiederholt von amtlicher deutscher Seite öffentlich attestiert wurden, macht in der Nummer seines Blattes vom 6. Februar ausführliche Angaben über die Arbeiten der beiden Sachverständigenausschüsse. Er verzeichnet das kategorische Dementi auf die Gerüchte, wonach die Reichsregierung und die deutschen Banken die Aufgabe der Sachverständigen erschwert hätten und schreibt:

„Obwohl das Verhalten der deutschen amtlichen Stellen und der Persönlichkeiten der Bankwelt, mit denen die Ausschüsse zu tun haben, absolut korrekt und entgegenkommend war, so hat, wie ich höre, die Haltung der Schwerindustrie gegenüber der Sachverständigenkommission auf die amerikanische Vertreter geradezu niederschmetternd gewirkt. Sie waren nach Berlin in aufrichtigem Glauben und mit dem Gefühl gekommen, daß sie, trotz ihrer Eigenschaft als Neutrale im Vergleich zu den sonstigen Mächten, die Möglichkeit haben würden, die Schwierigkeiten zu überbrücken, die bisher einer Lösung des Reparationsproblems entgegenstanden. Sie fanden jedoch bald, daß die Schwerindustrie sich in vielen Dingen ihren Plänen zur Widerauslösung der deutschen Finanzen, entgegenstellte; daß die Schwerindustrie alles in allem die Untersuchung durch ausländische Sachverständige als eine drückende Einmischung betrachtete; und daß manche Vertreter der Schwerindustrie von demselben Geiste unerschütterlicher Gegnerschaft gegen die Alliierten erfüllt waren, den Herr Sinnes in den Verhandlungen von Spa gezeigt hatte. Es war für sie eine Offenbarung.“

Amekellos beruhen diese Angaben des „Times“-Berichterstatters auf direkten Mitteilungen aus den Kreisen der amerikanischen Sachverständigen. Sie entsprechen auch durchaus der allgemeinen politischen Richtung und Weltanschauung der Sinnes, Hugenberg, Thyssen und Konsorten in den letzten Jahren. Eine solche Haltung der Schwerindustrie ist geradezu hochverrat. Offenbar erstreben die Herrschenden die Verhinderung der Stabilisierung der deutschen Finanzen, weil sie sich nach einer neuen Inflationsperiode mit ihren schrankenlosen Gewinnen für die Sachwertbesitzer sehnen. Gleichzeitig aber erzählen diese politischen Industriemagnaten den Franzosen, sie seien die wahren Verständigungs-politiker und — eine Rechtsregierung würde das Reparationsproblem viel leichter lösen können als eine demokratische!

### Und noch eine Partei?

Die „Welt am Montag“ hat sich dazu herbeigelassen, den Aufruf eines anonymen Ausschusses abgedruckt, der sich mit der Gründung einer Partei aller Arbeitnehmer gegen den Kapitalismus beschäftigt. Den Gründern scheint so etwas wie eine alle gewerkschaftlichen Richtungen umfassende Gewerkschaftspartei vorzuschweben, sie werden aber bestensfalls nicht mehr erreichen als die Bildung noch eines Parteilchens neben den schon bestehenden Parteien, also nicht Sammlung, sondern je nach ihrem Erfolg noch etwas mehr Zersplitterung und Durcheinander. Die freien Gewerkschaften stehen diesem Treiben fern.

## Ludendorff und Ehrhardt.

Von einer von General Ludendorff autorisierten Seite erfährt die „Telegraphen-Union“: Nach Zurückziehung der Klage des Kapitanleutnants Kautter gegen General Ludendorff hat auf Grund einer Vermittlung seitens des Abg. v. Graefe und anderer Herren eine Aussprache zwischen General Ludendorff und Kapitanleutnant Ehrhardt stattgefunden, die in allen persönlichen Momenten eine vollständige Klärung ergeben hat. Wie weit in den sachlichen Anschauungen eine Annäherung möglich sein wird, muß der Zukunft überlassen werden. Der Wunsch des General Ludendorff ist, daß seine politischen Freunde sachliche Meinungsverschiedenheiten mit Gegnern in einer Weise austragen, die der politischen Weltanschauung würdig ist.

## Die Flucht aus dem Zentrum.

Eine Tagung der christlich-sozialen Volksgemeinschaft.

Essen, 10. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Hier fand am Sonntag eine Kundgebung der „Christlich-sozialen Volksgemeinschaft“ statt. Selten wohl sind innerhalb der christlichen Arbeiterschaft so radikale Worte geführt worden wie in dieser Kundgebung, die aus dem ganzen Industriegebiet Bescheid war. Der Hauptredner des Tages, ein Mann der Werkstätte, Johann Wehinger aus Dortmund, legte in eisenhalsständiger Rede die Ziele der neuen christlichen Partei dar und fand dabei besonders stürmischen Beifall bei der christlichen Arbeiterschaft, wenn er die arbeitserfeindliche Politik des Zentrums mit den schärfsten Worten brandmarkte. Er wies auf das Wort vom „Dank des Vaterlandes“ hin und belegte mit hundertfältigen Beispielen den schändlichen Betrug am werktätigen Volke; er gelobte die reaktionären Bestrebungen der Deutschnationalen und die Scharfnähergefühle der Schwerindustriellen. Das Volk sei von den bürgerlichen Parteien in gemessener Weise hintergangen und ausgebeutet worden. Schuld an dem furchtbaren Elend, an der Krise, an der Inflation und an der Kapitalflucht trüge der Kapitalismus, der seine Substanz immer nur vernichten wolle, statt für das Volksganze zu opfern. An der ungerechten Verteilung der Güter trage auch der frühere Finanzminister Dr. Herres einen großen Teil der Schuld, weil er im wohlverstandenen kapitalistischen Interesse dafür gesorgt habe, daß die Substanz des Staates und Rücklagen immer größer werde. Auch während des politischen Widerstandes habe sich die Schwerindustrie an der Not des Volkes bereichert und immer sei das Zentrum dabei gewesen, wenn es galt, die kapitalistischen Interessen zu wahren. Der Zentrums-Reichsminister Dr. Kory habe sich das Ermächtigungsgesetz nur verschafft, um mit der Gewalt von oben alle freiwilligen Regungen der werktätigen Schichten zu unterbinden. Nichts habe das Zentrum getan, um das Volk aus dem Elend herauszuführen. — Im Anschluß an diese große Kundgebung traten die Delegierten der „Christlich-sozialen Volksgemeinschaft“ aus dem ganzen Industriegebiet zu einer besonderen Konferenz zusammen.

## Die Rechtsreform.

Der Reichsausschuß des Reichstags nahm am Sonnabend bei der zweiten Sitzung des Geheimrats zur Bescheinigung des Verfahrens in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten eine Entschließung an, die die Reformierung ernstlich eine Verlage einzubringen oder wenigstens bei der bevorstehenden Reform der ZPO eine Bestimmung vorzuschlagen, wonach die Revision ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes oder des Beschwergegenstandes zulässig ist, wenn es im öffentlichen Interesse liegt über eine vom Reichsgericht noch nicht grundsätzlich entschiedene Rechtsfrage eine höchstgerichtliche Entscheidung herbeizuführen. Ueber das Vorliegen des öffentlichen Interesses soll das Reichsgericht ohne mündliche Verhandlung durch Beschluß entscheiden.

Die rumänisch-russischen Verhandlungen werden in Wien stattfinden. Sie sind unzufälliger und daher wichtiger Art.

Die Amalie Macdonalds für die von britischen Kriegsgerichten Verurteilten kommt auch den ägyptischen Revolutionären zugute.

Amerika rüffel ab. Der Finanzausschuß des Repräsentantenhauses hat vom Marineminister 4 453 000 Dollar gefordert.

## Produktionssteigerung.

Von Emil Rath.

Darüber sind sie sich alle einig, die „Herren“ die Produktion muß auf jeden Fall gesteigert werden. Zunächst einmal durch Arbeiterentlassungen und Kurzarbeit. Nachdem man die Arbeiter an ein „schnelleres Arbeitstempo“ gewöhnt hat, erlegt man die Entlohnung durch Verlängerung der Arbeitszeit. Allzuviel freie Zeit schadet dem Arbeiter, je weniger freie Zeit ihm bleibt, desto weniger Gelegenheit ist ihm geboten, dummen Gedanken nachzuhängen oder gar auf „Bildung“ Anspruch erheben zu wollen. Und das Braßerium, über das Herr Stresemann sich längst so treffend äußerte, nimmt ohne Zweifel ab. Die Arbeiter werden dann bestimmt nicht mehr in den Dienen und Bars herumspazieren oder beim Sechslagerrennen Goldmarkprämien stiften.

Aber es gibt noch andere sonstige Mittel, die Arbeitsfreudigkeit und mit ihr die Produktion zu steigern. Ein geeignetes Objekt zu solchen Experimenten bieten die Kurzarbeiter. Da geht zum Beispiel der Meister, in jovialer Tone um sich grühdend, wohlgefällig durch die Reihen, klopft diesem und jenem huldvoll auf die Schulter.

„Na, Schmann, wie geht's denn?“

„Na, nicht besonders, Rechts. Wenn man bloß zwei Tage arbeiten kann. Man möchte ja ferne arbeiten — aber es ist ja nicht zu machen.“

Der Meister wiegt bedächtig das Haupt. „Woll'n mal sehn. Bittscheldt löst der Alte mit sich eden. Aber — denn macht man 'n bloßen Dampf hinter.“ Und die Hoffnung, doch noch einen Tag mehr in der Woche arbeiten, ein paar arbeitsfreie Feiertage mehr verdienen zu können, wischt auch die schon stumpf gewordenen. Die Hände greifen rascher zu. Sehebet wird wenig, aufmerksam folgen die Augen den Bewegungen der Maschine. Stuhl auf Stuhl häuft sich über und wankt auf dem Arbeitsfeld.

Der Meister reißt sich die Hände. Er unterläßt es nicht, von Zeit zu Zeit die Hoffnung auf einen dritten Arbeitstag zu säubern. Er verschwindet. Kommt nach einer Weile wieder.

„Als die Arbeit fast fertig gemacht werden. Das mit dem Arzeten morgen ist noch nicht bestimmt. Aber höchstwahrscheinlich sagt der Alte Ja. Denn wir haben noch sooo viel zu tun!“

Und Hände, Augen und Köpfe haben. Minute um Minute verstricht. Stunde vergeht auf Stunde. Die Dämmerung kommt. Die Lampen wackeln auf. Die Augen schmerzen von dem klaren Zusehen. Aber sie spüren nichts davon. Denn morgen — morgen gibt es vielleicht noch Arbeit! Ungeduldig und hoffnungsvoll zugleich erwarten sie die Bestätigung. Und der Meister rückt langsam auf die sechste Stunde zu. Bald ist der lange Tag um.

## Kein Funkmonopol der Schwerindustrie.

Aber Konzessionsanträge werden zurzeit geprüft.

Die Reichspostverwaltung tritt durch WTB. unserer Mitteilung entgegen, daß rechtsgerichtete Zeitungen eine Art Monopol für Übermittlung eigenen Nachrichtenmaterials an ihre Abonnenten durch Rundfunk erhalten sollen. Im besonderen erklärt sie kategorisch, daß sie die Genehmigung zur Errichtung privater Sendestationen nicht genehmigen werde. Indessen bestätigt sie, daß Anträge von Nachrichtenbureaus und Zeitungen „auf Übermittlung von Spezialfunkdiensten durch die Reichsfunktsender“ vorliegen. Sie unterliegen derzeit der Prüfung nach ihrer wirtschaftlichen und technischen Seite, da das Ministerium selbstverständlich die Pflicht habe, immer neue Wege zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit des Verkehrs zu suchen.

Gerade in der Absicht der Konzessionierung von „Spezialfunkdiensten“ liegt eben die eminent politische Gefahr, auf die wir hinweisen wollten. Ob diese „Spezialfunkdienste“ durch eigene Sendestationen oder für Geld durch das Reich übermittelte werden, ist letzten Endes gleichgültig. Im letzteren Fall würde sich das Reich einfach zum Werkzeug politischer Propaganda leistungsfähiger Interessentengruppen der Wirtschaft und der Politik machen, und das wäre in mancher Hinsicht noch bedenklicher. Wir begrüßen deshalb die Mitteilung am Schluß der WTB-Mitteilung, daß die letzte Entscheidung über diese Anträge bei den politischen Ressorts liegt und erwarten, daß sie nur nach Anhörung sämtlicher Parteien und im Einvernehmen mit ihnen getroffen wird.

## Militärkontrolle und Völkerbund.

Neue Vorschläge Macdonalds.

Paris, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die „Tre Nouvelle“ glaubt, für die auf Wunsch Poincarés erfolgte Verabredung für Sonnabend mit dem deutschen Vorkämpfer v. Hoist vereinbarten Unterredung folgende Begründung geben zu können: Die französische Regierung sei in diesen Tagen von London offiziell davon in Kenntnis gesetzt worden, daß Ramsay MacDonald in bezug auf Deutschland neue Vorschläge zu unterbreiten wünsche; die englische Regierung beabsichtige den französischen Wünschen nach Wiederaufnahme der Militärkontrolle in Deutschland sehr weit entgegenzukommen unter der Voraussetzung, daß Frankreich sich damit abfinde, daß diese Überwachung künftig vom Völkerbund ausgeübt werde und es seinen Widerstand gegen einen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund aufhebe. Das Blatt, das diese englische Initiative als entscheidenden Schritt zur Wiederherstellung eines endgültigen Friedens begrüßt, legt hinzu, daß gegenwärtig am Quai d'Orsay die Stimmung einer Verständigung mit England zweifellos sehr günstig sei, daß man sich aber trotzdem fragen müsse, ob die gegenwärtige französische Regierung imstande sei, eine Entlohnung von solcher Tragweite vorzubereiten und schließlich durchzuführen.

Hayas meidet jedoch, daß von heranziehenden Plänen weder in französischen noch in autorisierten englischen Kreisen etwas bekannt sei.

Uebrigens leidet Poincaré an einer kalten Grippe.

Hungerstreik eines Kriegsverurteilten.

Paris, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der wegen seiner politischen Propaganda während des Krieges zu langjähriger Zuchthausstrafe verurteilte anaristische Politiker Golds ist vor einigen Tagen in einen Hungerstreik eingetreten. Da sein Zustand zu behorlichen Befürchtungen Anlaß gibt, hat die Gefängnisverwaltung seine Verlegung ins Krankenhaus angeordnet.

## Macdonalds Regierungserklärung.

London, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Macdonald, der das Wochenende auf dem händigen Landsitz des jeweiligen Ministerpräsidenten Chequers verbracht hatte, ist heute in London wieder eingetroffen, und hat den Vorschlag in einer neuen Kabinettsitzung geführt, die gleich nach seiner Rückkehr begonnen hat. In dieser Sitzung wird die Regierungserklärung, die morgen im Unterhaus abgegeben wird, endgültig festgelegt. Es verriet, daß ihre Fassung etwa zwei Stunden dauern wird, worauf sich das Parlament verlegen dürfte. Endgültige Vorschläge für die Wohnungsbaufrage werden vermutlich darin noch nicht enthalten sein, da die Vorarbeiten der Unterausschüsse der Regierung noch nicht beendet sind.

Fünf Minuten vor Sechs. Der Meister ist abermals verschwunden. Da kommt er wieder. Erwartungsvoll richten sich fünfundzwanzig Köpfe nach ihm hin.

Er hebt bedauernd die Schultern: „Nicht zu machen. Der Alte hat sich die Sache anders überlegt. Also am Montag wieder 'n Abend!“

Und sie alle schauen auf. Still. Bedrückt. In den Augen Zorn und Bitterkeit.

Und drüber nimmt der „Alte“ schmunzelnd die Mitteilung des Meisters entgegen, daß um ein Viertel mehr als am letzten Arbeitstage „geschafft“ worden ist.

So ungefähr geschehen bei . . . halt! Ich möchte nicht entlassen werden! Und . . . die Produktion steigt mit der Arbeitslosigkeit.

## Kolloidchemie und Biologie.

Ueber dieses Thema sprach Prof. Dr. Freundlich in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften.

Zur Erklärung: in einer Tasse Tee ist der Teefarbstoff kolloidal, der Zucker gelöst enthalten. Bringt man einen Pergamentbeutel, mit Tee in klarem Wasser, so geschieht nichts; die Teeteilchen können die feinen Poren des Pergaments nicht durchwandern. Macht man denselben Versuch mit Zucker, so wird das Wasser bald gelüht sein. Stoffe, die aus einer Lösung als Kristalle (wie z. B. Zucker) ausfallen, durchdringen Pergament, während (wie die in kolloidaler Lösung (Wein usw.) sind und fast Geler (z. B. Apfelsäure u. ä.) bilden, es nicht tun.

Nach der Definition von Ostwald sind Kolloide Molekülzusammenballungen in der Größenordnung von etwa  $\frac{1}{1000000}$  bis  $\frac{1}{1000}$  Zentimeter Kontinuität, die als sekundäre Lichtstreuung wirken. Dadurch kann man sie sicher durch das Ultramikroskop sehen. Es ist eine ähnliche Erscheinung, wie wenn in einem dunklen Raum ein Sonnenstrahl dringt, der die Staubteilchen in der Luft sichtbar macht. Die Teilchen in einer kolloidalen Lösung sind in dauernder Bewegung, der sog. Brownschen Kollidierbewegung.

Diese besonderen Eigenschaften rufen besondere Vorgänge hervor, die in der Biologie von größter Wichtigkeit sind. Es sind die Osmotischen Erscheinungen zu nennen, die z. B. bei der Kollidation zu beobachten sind. Holzprobe schließt z. B. Farbstoffe und Gase (der Hauptbestandteil der Klemmer der Samenlasten war Holzgase). Man nimmt an, daß z. B. die Desinfektion zuerst dadurch wirkt, daß die Bakterien den Vermehrungsstoff abfordern und später dann chemische Veränderungen, die ihre Abtötung bedingen, eintreten. — Quellungserscheinungen machen sich an der Oberfläche von Gelee, das sind Kollidialteilchen, die durch Flüssigkeitsdrücken voneinander getrennt sind, bemerkbar. Auf Quellung führt man die Muskelkontraktionen zurück so daß man die Muskeln „Quellungsorgane“ nennen kann. Es sei daran erinnert, daß die Witten Quellungsorgane praktisch anzuwenden: z. B. beim Felsprengen treiben sie trockenes Holz in Steinlöcher und führen Wasser ein. Das Holz quillt stark auf und zerrt dabei das Gestein.

## Sowjet-Russlands Außenpolitik.

Eine Erklärung Njotows.

London, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Aus Moskau wird berichtet, daß Njotow in seiner ersten Rede nach der Übernahme der Nachfolgechaft Benins erklärte, daß Sowjetrussland die gleiche auswärtige Politik befolgen würde wie früher. Die Rote Armee werde aufrechterhalten bleiben, solange wie der Berliner Vertrag Europa in Unruhe halte.

## Ruhigere Börse.

Am Devisenmarkt ist im Vergleich zur vergangenen Woche eine leichte Entspannung eingetreten. Das Kommando der Sachverständigenkommission hat die erregten Gemüter etwas beruhigt. Die Preise der Industrie und des Einfuhrhandels, denen die schärfsten Reparationen der Reichsbank völlig überraschend kamen, sind auf diese Weise in eine lärmere Lage geraten. Sie wissen nicht, wie sie die Verluste zur Bezahlung der hereinlassenden Einfuhrgüter beschaffen sollen. Wie immer in derartigen Fällen wird unter Berücksichtigung der erwarteten Reparationen ein größeres Maß von Devisen angefordert, als dem wirklichen Bedarf entspricht.

Es machen sich auch Anzeichen dafür bemerkbar, daß gewisse Wirtschaftskreise versuchen, die Devisen, die sie in Berlin nicht bekommen können, durch Käufe im besetzten Gebiet zu erlangen. Insofern werden von den Börsen des besetzten Gebietes weiterhin höhere Devisenkurse gemeldet, während im eigenen Auslande seit Ende der vergangenen Woche eine entschieden günstigere Wendung eingetreten ist. Das Ausland weiß fast durchweg bessere Marktkurse. Man ist an der Börse der Meinung, daß noch einige Tage vergehen werden, bis die normale Situation wieder hergestellt ist.

Das Mißtrauen ist leicht erregt als beseitigt. Die veränderte Sachlage noch ausländischen Zahlungsmitteln hat natürlich auch den Geldmarkt sichtbar beeinflusst. Logisches Geld war heute mit 4 Proz. leicht begehrt.

Am Effektenverkehr war das Geschäft verhältnismäßig ruhig. Die Tendenz war nicht ganz gleichmäßig. Stärkeres Interesse besteht jedoch für alle Naturpapiere und inländische Werte mit politischem Charakter. Am Anleihemarkt ist eine bemerkenswerte Beruhigung des Geschäftes eingetreten. Inländische Anleihen verkehrten größtenteils auf der Basis der Freilagerliste.

## Ausweis der Ren enbank.

Vom 31. Januar 1924.

	31. 1. 1924	31. 12. 1923
<b>Aktiva.</b>		
Belastung der Wirtschaft zu Gunsten der Rentenbank . . .	3 200 000 000.—	3 200 000 000.—
Bestand an Rentenmarken am 31. 12. 23 Rm. 2 399 984 000.—		
am 31. 1. 24 Rm. 2 399 572 000.—		
Darlehen an das Reich unverzinslich . . . . .	200 000 000.—	200 000 000.—
verzinslich . . . . .	1 000 000 000.—	900 000 000.—
Darlehen für die Wirtschaft an die Reichsbank . . . . .	—	200 000 000.—
an die Notenbanken . . . . .	3 395 500.—	6 197 000.—
Vorübergehend bei der Reichsbank (200) und Post (10) für Ingangsetzung des Giro- und Postcheck-Verkehrs . . . . .	2 200 000 000.—	2 100 000 000.—
Kasse, Giro-, Postscheck- und Bankguthaben . . . . .	11 268 754 40	4 083 199 61
Mobilien und Büroutensilien . . . . .	61 600 88	56 745 38
Sonstige Aktiva . . . . .	—	—
<b>Passiva.</b>		
Grundkapital . . . . .	2 400 000 000.—	2 400 000 000.—
Grundrücklage . . . . .	8 000 000.—	8 000 000.—
Umlaufende Rentenbankscheine . . . . .	12 119 988 88	13 740 814 22
Umlaufende Rentenmarken . . . . .	100 000.—	128 000.—
Sonstige Passiva . . . . .	—	—

1. Das Reich hat am 31. 1. 100 Millionen Rentenmark zurückgezahlt; Wiederanforderung vorbehalten.  
2. Die Reichsbank hat im Januar 28 Millionen Rentenmark aus den zur Verfügung gestellten 600 Millionen abgefordert. Die darüber hinaus gewährten Kredite hat sie aus eigenen Rentenmarkenreserven gegeben; es wird auf die Wochenweise der Reichsbank vorzulegen.  
3. Die Post hat im Januar 10 Millionen zurückgezahlt.

Wieweit durch diese Motore geleistet wird, mag man erkennen, wenn man hört, daß z. B. ein Insektensüßler, der dadurch „betrieben“ wird, bis zu 330 Hüpfen in der Sekunde ausführen kann. Kolloidale Lösungen sind fast unbegrenzt elastisch. Bringt man in eine Gelatinelösung ein Eisenblech, daß es gerade darin schwebt, so wird es sich auf einen in die Höhe gebogenen Magnet ein bewegen. Wird dieser entfernt, so springt es in die ursprüngliche Lage zurück. In Wasser oder dem zähen Glycerin bleibt das Metallstück an der zweiten Stelle. — Optisch zeigen die Kolloide des Tierphänomens, das man an Myxogon, Kauli, Nebel usw. beobachten kann. Der Kauli einer Leckmoose z. B. sieht gegen den hellen Himmel rötlich, gegen dunklen Wald bläulich aus. Es ist dies das „Urbunnen“ im Trüben, von dem Goethe in seiner Farbenlehre spricht. Man kann dadurch feststellen, ob die Kolloidteilchen rund oder ausgeprochen nicht-rund (stäbchenförmig oder ähnlich) sind. Runde oder fast runde Teilchen geben das Licht wieder, nicht runde funkeln. Ueber die Gestalt läßt sich auch durch die Lichtaufnahme etwas ausfinden, da amorphe Körper die Blatte gleichmäßig schwärzen, während kristallinische auf dem Bilde Linien entstehen lassen.

Die Theorie der Kolloide ist noch nicht sehr ausgebaut. Sie zeigt schon jetzt viele Möglichkeiten für die Erforschung biologischer Vorgänge, die sich durch die kolloidale Beschaffenheit des Proteins erklären lassen.

Ende der Altimeter-Kelame in England. Unter dem Namen „Strecken- oder Altimeter-Kelame“ begründet man bekanntlich die auch bei uns eingeführte Unsitte, allezeit Waren auf hab 'n Breitenkreis anzugreifen, die an Eisenbahnhöfen an Chausseen an Adhärenzen, Meerestüfen usw. die Landkraft weichen verhandelt. In England ist die öffentliche Meinung jetzt genug gewachsen, diesen gräßlichen Versuch des Altimeter-Kelams zu beenden. Es waren hauptsächlich die Niederlagen von Benzin für Automobile und Motoren, die sich auf diese Weise bemerkbar machten, ferner auch Fäden, die Walzen, Zigaretten, Esstische und dergleichen betrafen. Jetzt machen die Briten großen ernstlichen Versuch, welche aus Benzin und andere Motoren liefern. Hierfür bekannt, daß sie mit Benzin dieses Gebietes auf jede Streckenkelame als unethisch und überflüssig verpönt haben. Sie veröffentlichen sogar im Interesse der Nationen Bilder, welche den Abbruch der Breitenkreise mit den Nationen darstellen, erklären, daß sie für den besseren Geist auf der Heerstraße eintreten, und hoffen, daß das Publikum ihnen diesen Willen anerkennen möge. Dafür, daß die Motoren ihren Bedarf unterwegs ergänzen könnten, ist auch ohne solche Kelame hindurch besorgt. Mit diesem Vorhaben der beiden größten Firmen, die in Betracht kommen, dürfte in der Teil der Streckenkelame in England das Leben nicht ausfallen sein. Es wäre zu wünschen, daß andere Länder sich diesem Vorhaben anschließen.

Mißerfolg der russischen Tibetexpedition. Die von Stokow geleitete russische Expedition, die sich die Eroberung des Nimenhohi Gebirges im Tibet zum Ziel gesetzt hat, ist nach Auslauf zurückgekehrt, ohne Tibet betreten zu haben. Die Ursachen für dieses Mißgeschick wurde von der russischen Regierung nicht erteilt, und so mußte, wie das Ost-Express berichtet, die Expedition unrichtigster Sache umkehren.



# Gewerkschaftsbewegung

## Keine Aufhebung des Schwerbeschädigtengesetzes.

Vom Reichsarbeitsministerium wird uns geschrieben: Es ist das Gerücht verbreitet, das Schwerbeschädigtengesetz habe infolge der Bestimmungen der Personalabbauverordnung seine Geltung für die Behörden verloren. Dieses Gerücht ist unrichtig, im Gegenteil ist den Behörden ausdrücklich zur Pflicht gemacht worden, bei der Durchführung des Personalabbaugesetzes die Bestimmungen des Schwerbeschädigtengesetzes genau zu beobachten. Alle Behörden sind nach wie vor verpflichtet, den vorgeschriebenen Hunderstich von Schwerbeschädigten unter ihrem jeweiligen Personalbestande zu beschaffen. Eine Entlassung kommt nur bei Schwerbeschädigten in Frage, die über die gesetzlichen Verpflichtungen hinaus eingestellt worden sind; aber auch auf solche Schwerbeschädigte ist weitgehend Rücksicht zu nehmen. Ihre Entlassung ist erst in letzter Linie und nur dann auszusprechen, wenn die Notwendigkeit des Abbaues es zwingend erfordert.

Anmerkung der Redaktion: Das „Gerücht“, von dem hier gesprochen wird, gründet sich auf die Handhabung der Personalabbauverordnung durch einzelne Behörden. Wenn diese nun zur Ordnung gerufen werden, dann war es auch notwendig.

## Die Kommunisten in der Praxis.

Genosse Bernhard Krüger, Vorsitzender des Betriebsrats der UEG, Brunnenstraße, schreibt uns:

Die „Rote Fahne“ Nr. 40 vom Februar 1924 veröffentlichte eine Subtel über Vorgänge in der UEG, Brunnenstraße die nicht unbedeutend bleiben darf. Es heißt da zunächst, daß die Direktion verweigert habe, es sollten eine größere Anzahl Arbeiter 9 Stunden arbeiten. Die UEG-Betriebsräte hätten dazu ihre Zustimmung erklärt. Dazu sei folgendes bemerkt:

Am 20. Januar trat die Firma an uns heran mit der Mitteilung, daß sie auf Grund des Abkommens in der Berliner Metallindustrie von der ihr dadurch gebührende Berechtigung Gebrauch mache und circa 150 Kollegen von 5400 Mann Belegschaft ab Montag, den 4. Februar, 9 Stunden arbeiten müßten.

Ich habe sofort die Direktion darauf aufmerksam gemacht, daß es nicht zu verstehen sei, daß wir nach ein Teil der ausgesprochenen Kollegen draußen sei, die Arbeitszeit zu verlängern. Im übrigen sei es falsch, wenn die Direktion glaube, daß eine verlängerte Arbeitszeit die Produktion steigern würde. Die unausbleibliche Folge würde sein, daß auch die Arbeiter ihre Arbeitskraft zu verlieren müßten, daß sie in der Lage sei, 9 Stunden lang auszuhalten. Wenn die jetzigen Verhältnisse es auch der Firma erlaubten würden, ihren Standpunkt durchzudrücken, so sei zweifellos, daß die Belegschaft bei aufsteigender Konjunktur unbedingt das Beste wieder holen würde. Die in ausbleibende Folge würden dann Wirtschaftskämpfe schwerster Art sein. Auch mein Hinweis auf die Feststellung, die wir in unserem Betrieb gemacht haben, daß durch die Einführung des 4. und 5. Grundtages die Leistungen bis zu 30 Proz. gegen die Vorkriegszeit sich gesteigert haben, was selbst Herr Dr. Gies einmal teilweise zugegeben habe, mein Hinweis auf die Erklärungen von Henry Ford und Dr. Bosch-Stuttgart waren vergebens.

Ich hielt dann sofort eine Betriebsratsitzung ab. Hier vertrat ich den Standpunkt, daß, nachdem eine getroffene Vereinbarung bestünde, wir zu prüfen hätten, ob die Möglichkeit bestehe, den davon betroffenen Kollegen zu sagen, daß sie die Überstunden abzulassen sollen. Meiner Auffassung nach würde die Kollegenchaft nicht gewillt sein, auch die Konsequenzen einer Verweigerung zu ziehen. Es würde nur bedeuten, daß wir die besten Kollegen nach aufs Straßenspalt werfen. Auslos solche Opfer zu bringen, würde ich im gegenwärtigen Augenblick für zwecklos halten. Jedoch sollten die davon betroffenen Kollegen in einer Betriebsversammlung selbst entscheiden.

Gegen diese meine Ausführungen erhob sich von den Kollegen der KPD. kein Widerspruch, im Gegenteil wurden sie noch von einem Genossen der KPD. unterstützt. Als ich dies aber durch Zustimmung feststellen wollte, erklärte plötzlich der allgemeine Ueberwiegung auch der Kommunisten ein Mitglied der KPD.: „Wir sind grundsätzlich gegen jede Verlängerung der Arbeitszeit, infolgedessen stimmen wir dagegen.“ Er mußte erst gefragt werden, was denn unter „wir“ gemeint sei, und da sagte er: „Na, das wirt Ihr ja!“ Darauf stand ein Kollege der KPD. auf und sagte, er wolle nichts davon und der betreffende Genosse habe sicher im Auftrage einer bestimmten Arbeiterkategorie gesprochen.

Wir haben dann vorher noch einmal mit der Direktion verhandelt. Ich wies dabei besonders darauf hin, daß in den betreffenden Werksstätten nach zum Teil verkürzt gearbeitet würde und es erst recht nicht zu verstehen sei, daß hier 9 Stunden gearbeitet werden soll. Bei dieser Verhandlung war auch der betreffende Kollege der KPD. anwesend, wie überhaupt bei sämtlichen Verhandlungen stets ein Genosse der KPD. anwesend war. Der betreffende machte bei den Verhandlungen auch nicht den Mund auf. Das überläßt man dem „Arbeitervertreter“ Krüger.

Am Freitag, den 1. Januar, fand dann eine Betriebsversammlung statt, in welcher ich Bericht erstattete. Ich erklärte, wenn die Kollegen glauben, stark genug zu sein und bereit sind, auch das Opfer einer Entlassung auf sich zu nehmen, es ihre Pflicht sei, dementsprechend zu handeln. Ich ließ aber auch keinen Zweifel darüber, daß der Betriebsrat und auch die Organisation nicht in der Lage seien, auf Grund der bestehenden tariflichen Bestimmungen, die Kollegen vor der Entlassung zu schützen. Auch hier wurde ich von einem KPD.-Betriebsratsmitglied unterstützt.

Nun schreibt die „Rote Fahne“ auf unser Betreiben sei im Betriebe eine geheime Abstimmung erfolgt. Auch das ist gelogen. Verschiedene Vertrauensleute sagten in der Versammlung, daß es möglich sein würde, die Kollegen zu bewegen, die Überstunden abzuhaken. Daraufhin stellte gerade ein Anhänger der KPD. den Antrag, eine geheime Abstimmung im Betriebe vorzunehmen. Dieser Antrag wurde gegen wenige Stimmen angenommen.

Die Abstimmung fand dann auch statt. Leider kann ich aus bestimmten Gründen das Zahlenverhältnis nicht veröffentlichen. Nur eins sei gesagt, daß auch hier die „Rote Fahne“ gelogen hat. Der

Direktion teilte ich sodann mit, daß die Belegschaft es ablehne, länger als 8 Stunden zu arbeiten. Daraufhin ließ die Direktion einen Anschlag anheften, der die Kollegen darauf aufmerksam machte, welche Folgen eine Verweigerung haben könnte. Wir machten die Kollegen nun darauf aufmerksam, daß sie nunmehr auch zu ihrem eigenen Besten zu stehen hätten. Nun behauptet die „Rote Fahne“, die Meister hätten die Kollegen nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß sie wenn sie nicht länger arbeiten würden, entlassen würden. Keine angefertigten Erklärungen bestreiten leider, daß die Kollegen ohne Widerspruch dann einfach länger arbeiteten.

Die „Rote Fahne“ schreibt, ihre Genossen hätten den Betrieb verlassen und sollten jetzt gemahregelt werden. Auch das ist eine Lüge. Nicht ein einziger hat sich geweigert, länger zu arbeiten, auch die Kommunisten nicht. Infolgedessen kann auch niemand gemahregelt werden. Im Arbeiterrat hatte die KPD. bis zur Aussperrung die Mehrheit mit einer Stimme. Nach der Beendigung wurde ein Teil der KPD., wie auch der UEG-Mitglieder nicht mehr eingestellt. Wir haben uns sofort mit der Firma beschäftigt. Da standen gerade die KPD.-Mitglieder auf dem Standpunkt, vorläufig eine Reuoth nicht vorzunehmen, da die KPD.-Arbeiter sich nicht als entlassen betrachten, sondern klagbar gegen die Firma vorgehen. Wir haben uns natürlich im Interesse der Kollegen dieser Ansicht angeschlossen.

Nun schreibt die „Rote Fahne“, der Rousheid Bernhard Krüger treibe in der Brunnenstraße kein verräterisches Spiel. Er ist schuld, wenn die Belegschaft der Brunnenstraße nicht im Kampf steht. Die Direktion weiß, warum sie Schwerte und Bogner auf die Straße geworfen hat und Bernhard Krüger im Betriebe liegt. Dazu ein paar Worte. Ich fordere den Artikelschreiber oder ein Mitglied der Belegschaft und ein Mitglied der KPD.-Betriebsräte auf, mir nachzuweisen, wann und wo ich die Interessen der Belegschaft nicht vertreten und gewahrt hätte. Nichts im Betriebe, soweit es die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen betraf, ist ohne mich gemacht worden. Gerade mit dem Kollegen Schwerte bin ich in allen Fragen konform gegangen. Doch ich meine politische Ueberzeugung habe und mir meine politische Haltung nicht von der KPD. vorschreiben lassen, ist dabei selbstverständlich.

Was nun Bogner anbetrifft, so muß ich schon den Artikelschreiber oder Bogner selbst Litter mal mitteilen, wann er einmal durch eine sogenannte revolutionäre Vertretung vor der Direktion sich gezeigt hat. Ich habe immer nur den einen Wunsch gehabt, ihn nur ein einziges mal so sprechen zu hören, wie er es in den Versammlungen fertigbrachte. Dieses Bild ist mir leider nie zuteil geworden. Die Vertretung der Betriebsinteressen der Belegschaft hat auch er dem „Arbeitervertreter“ Krüger überlassen.

Also ich stelle nochmals fest, daß auch die KPD., soweit sie bei uns noch Betriebsräte sind, mit meiner Meinung in Bezug auf die Abwehr der Verlängerung der Arbeitszeit konform gingen. Bedauerlich ist es nur, daß ich durch die Subtel der „Roten Fahne“, welche vor Anfang bis zu Ende, wie mir auch KPD.-Betriebsräte bezeugen, erlogen ist, gezwungen bin, etwas näher auf die Dinge einzugehen. Im übrigen ist es nur die Ruffrage aus einer Anzahl Betriebe, die mich veranlaßt, gegen meine Gewohnheit die „Rote Fahne“ einer Antwort zu würdigen.

## Konflikt in den Metallbrüderereien.

Die Metallbrüder in den Betrieben des UBRD. hatten sich gegen die Ueberzeitforderungen der Unternehmer mit der Mobilisierung gewandt, daß ihre Arbeit, die hohe Anforderungen an die Körperkraft und die Gesundheit stellt, ihnen die Leistung von Überstunden unmöglich mache. In einigen Betrieben ist es wegen dieser Verweigerung zur Aussperrung der Brüder gekommen. Ueber Verhandlungen, die zur Beilegung der Differenz vom Metallarbeiterverband mit dem UBRD. gepflogen worden sind, wurde in einer Branchensammlung der Brüder berichtet. Die Vertreter des Industrieverbandes lehnten alle Einwendungen der Arbeitervertreter rundweg ab. Sie beriefen sich auf die Bestimmungen der Arbeitszeitverordnung und der Abmachungen vom 5. Januar d. J. und drohten mit der Aussperrung sämtlicher Arbeiter.

Gutsche legte die gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen, die für die Arbeitszeit maßgebend sind, in längeren Ausführungen dar und machte den Anwesenden den Vorschlag, sich nicht durch Beschlüsse starr festzulegen, sondern aus tatsächlichen Gründen in ihren Entschlüssen elastisch zu bleiben.

In der Diskussion kam allgemein die Meinung zum Ausdruck, keine Ueberarbeit zu leisten, solange noch eine übergroße Zahl Arbeitslose vorhanden ist. Aber auch darüber hinaus sei man zur Preisgabe des Achtstundentages nicht zu haben. Erfreulicherweise traten einige Gegner den ausfallenden Ausführungen eines kommunistischen Redners, der sich in gänzlich unmonotonen Angriffen gegen die Organisationsvertreter gefiel, mit ruhigen sachlichen Worten entgegen.

Die Abstimmung ergab die Ablehnung der Forderung der Arbeitgeber gegen 3 Stimmen.

## Kampf in der sächsischen Metallindustrie.

Dresden, 10. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Bekanntlich wurde für die sächsische Metallindustrie von einem Schlichtungsausschuß ein Schiedspruch gefällt, der in der Arbeitszeitfrage folgende Regelung vorsieht: Die Arbeitszeit darf ausschließlich aller Fäulen nicht mehr als 53 Stunden pro Woche betragen. Dieser Schiedspruch wurde von den Arbeitnehmern einstimmig abgelehnt; die Arbeitgeber lehnten den Schiedspruch nicht wegen der Bestimmungen über die Arbeitszeit, sondern wegen der anderen Arbeitsbedingungen ab. Damit wäre nun für die einzelnen bisherigen Tarifgebiete in Sachen freie Hand gegeben. In Leipzig haben bereits circa 18 000 Metallarbeiter, hauptsächlich wegen der Arbeitszeitfrage, im Streit. Die Dresdener Metallindustriellen hatten zur Regelung der Arbeitszeitfrage den Schlichtungsausschuß der Reichshauptmannschaft Dresden angerufen. Inzwischen hat der Reichsarbeitsminister die Arbeitgeber und Arbeitnehmerverbände der sächsischen Metallindustriellen zu einer Besprechung nach Berlin geladen, deren Ausgang abzuwarten ist. Soweit die Metallindustrie in der Reichshauptmannschaft Dresden mit ungefähr 90 000 Arbeitern in Betracht kommt, hat der Schlichtungsausschuß in Dresden am letzten Freitag entschieden, daß die 48stündige Arbeitszeit bis zur Beendigung des vom Reichsarbeitsminister eingeleiteten Verfahrens Geltung haben soll. Dergleichen gelten auch die bisher gezahlten Löhne zunächst bis zum 1. März weiter.

1924. Berlin, Kaspeler und Postenverleger. Dienstag abends 7 Uhr im Reichshaus, Alexanderplatz 44. Stadtverordnetenversammlung. Eintragsnummer 1024/24.

Bericht der Wahlmänner und Postenverleger, Galanteriebranche. Dienstag abends 8 Uhr im Reichshaus, Alexanderplatz 44. Gemeinrat mit den Postenverlegern. Eintragsnummer 1024/24.

## Aus der Partei.

### Der Konflikt im Bezirk Halle.

Halle, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Am gestrigen Sonntag wurde der Kampf der Halleischen Bezirke um die Mehrheit der Partei weitergeführt. Die Unterbezirkskonferenz in Blitzenberg schloß folgende Entschlüsse: „Die am 10. Februar in Blitzenberg tagende Unterbezirkskonferenz erkennt an, daß Parteileitung und Reichstagsfraktion in erster Pflicht die Interessen der Arbeiterklasse vertreten. Bei ihren Entscheidungen haben die Körperschaften alle in Betracht kommenden Verhältnisse genau abzuwägen. Ihren Handlungen muß solches Vertrauen entgegengebracht werden.“

Dieser erste Satz der Resolution wurde mit 14 zu 5 Stimmen, der folgende zweite Abschnitt wurde einstimmig angenommen.

Die Konferenz bedauert daher den jahren Standpunkt des Bezirksvorstandes gegen Parteivorstand und Reichstagsfraktion sowie das Vorgehen gegen den politischen Redakteur des „Volksblattes“ Genossen Schulz. Angeklagt der bevorstehenden Wahlkämpfe muß vielmehr alles getan werden, um die Einheit der Partei nach innen und außen zu wahren. Trotz Meinungsverschiedenheiten in tatsächlichen Fragen muß jeder Genosse mit Freude für die Partei wirken.“

Zu gleicher Zeit fand die Unterbezirkskonferenz in Delitzsch statt. Auf dieser Konferenz wurde folgende Entschlüsse angenommen: „Die Unterbezirkskonferenz Delitzsch-Bitterfeld bedauert die bisherige Politik der Partei und der Reichstagsfraktion der UEG. Sie erwartet, daß Partei und Fraktion künftig eine Politik vertreten, die geeignet ist, der Partei das Vertrauen aller sozial denkenden Kreise des schaffenden Volkes zu erwerben.“

Gleichzeitig fand auch eine Versammlung der Bitterfelder Parteigenossen statt. Hier wurde folgende Resolution gefaßt: „Die Bitterfelder Parteigenossen stellen sich, die unergleichlich schwierige Lage der Partei würdigend, einmütig hinter Parteileitung und Reichstagsfraktion. Die Bitterfelder Parteigenossen billigt demzufolge, daß die politische Leitung des „Volksblattes“ den Standpunkt der Parteimehrheit mit Energie und Konsequenz vertritt und erwartet von der Halleischen Parteileitung, daß sie endlich dazu übergeht, die Beschlüsse der Parteimehrheit als bindend anzuerkennen und danach zu handeln.“

## Wirtschaft

### Zahlungsaussetzung bei Reparationslieferungen.

Für Betriebsräte und Gewerkschaftler ist die nachfolgende Verordnung sehr wichtig, weil häufig wegen der Zahlungsaussetzung für Reparationslieferungen Betriebe zu erheblichen Arbeitseinsparungen und Entlassungen gezwungen sind.

Verordnung über Aussetzung der Zahlungen auf Sachlieferungen der Unterlieferanten. Vom 6. Februar 1924.

§ 1. Kommt infolge der Durchführung der Verordnung über Aussetzung der Zahlungen auf Sachlieferungen vom 29. Oktober 1923 (RGBl. II S. 406) eine Lieferung nicht zur Ausführung, so gelten für das Verhältnis eines Lieferanten zu seinem Unterlieferanten nachstehende Bestimmungen.

§ 2. Der Lieferant hat dem Unterlieferanten, unbeschadet der ihm nach § 3 gegebenen Frist, unverzüglich anzuzeigen, daß die dem Unterlieferanten obliegende Leistung zur Durchführung eines Vertrags oder einer Anforderung im Sinne der im § 1 angezogenen Verordnung vom 29. Oktober 1923 bestimmt ist. Er haftet für den Schaden, der dem Unterlieferanten durch die Unterlassung oder die Verzögerung dieser Anzeige erwächst.

§ 3. Der Lieferant ist berechtigt, die dem Unterlieferanten auf Grund des mit ihm abgeschlossenen Vertrags zu entrichtenden Zahlungen, soweit sie nach dem 3. November 1923 fällig geworden sind oder noch fällig werden, auszusetzen. Diese Befugnis erlischt, sobald der Lieferant erklärt, daß der Vertrag nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen aufrechterhalten wird.

Der Lieferant kann von dem Vertrage zurücktreten. Der Rücktritt gilt als erfolgt, sofern nicht der Lieferant binnen zwei Wochen von der Verkündung dieser Verordnung ab dem Unterlieferanten erklärt, daß er den Vertrag aufrechterhalte.

Dem Unterlieferanten steht aus Anlaß dieser Verordnung kein Rücktrittsrecht zu.

§ 4. Der Lieferant kann vom Unterlieferanten die nach dem Vertrage zu bewirkenden Leistungen nicht verlangen, solange er nicht gemäß § 3 die Aufrechterhaltung des Vertrags erklärt hat.

§ 5. Ansprüche, deren Erfüllung nach § 3 ausgesetzt werden darf, können weder gerichtlich noch außergerichtlich geltend gemacht werden.

Aus der Zahlungsaussetzung entstehen keine Ansprüche irgendwelcher Art gegen den Lieferanten.

§ 6. Diese Verordnung findet keine Anwendung, wenn der Lieferant die Leistung des Unterlieferanten ohne erhebliche Verluste ganz oder zum größten Teil anderweitig verwerten kann.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Reichsdikt: J. U. Ernst Reuter; Generalsekretariat: J. Reuter; Redaktion: J. U. Ernst Reuter; und Sachverhalte: Fritz Korbach; Anzeigen: H. Gode; Sammler: H. Gode; Verlag: Buchverlag G. m. b. H. Berlin; Druck: Buchverlag G. m. b. H. Berlin; Berlin 1924.

**BORG** ZIGARETTEN  
QUALITÄTSSRAUCHER

**Neues Operetten-Th.**  
Direktion Herr von u. Mag. Stabe  
Tägliche 7 1/2 Uhr.  
**Die Guido Thielscher**  
verlegte **Nacht**

**Apollo-Theater**  
11 Uhr Dir. James Kleff 7 1/2 Uhr  
Das walchistor Schauspiel:  
**Volk und Krone**  
L. Teil aus  
Em. Ludwigs **Bismarck-Trilogie**  
Ueber 60 Mitwirkende

**Komische Oper**  
Allabendlich 7 1/2 Uhr  
Die größte Revue  
des Kontinents:  
**Die Welt**  
ohne  
Schleier

**12**  
**VARIETE-**  
KUNSTKRAFT  
Sonntag 4.30 zu  
halb Preisen das  
volle Programm

**Inserate im**  
**Vorwärts**  
sichern Erfolg!

**Karneval-**  
a. Vereinsartikel, Tombola-Gewinne,  
Artikel für Bockbierfeste  
In größter Auswahl zu Friedens-  
preisen. Gewinnlose und Niete.

**Achtung! Schuhmacher!**  
**Coupons**  
zum Nageln und Nähen  
**überraschend billig**  
**Berthold Kuttner**  
Berlin, Reichenberger Straße 14

Willst Du  
Deinen Mann  
was kaufen,  
mußt zu  
**Rosen-Anders**  
laufen.  
Herrenkleidung  
Strickwesten  
Trikotagen  
Socken  
Taschentücher

**Asthma**  
wichtige Hilfe durch  
Reichs- und  
Hauptstädte.  
Berühmt durch  
Dr. u. Prof. Dr. L. S. In  
Dresden u. Leipzig ergibt  
sich nur mit diesem  
Oro-Rochet, Satz 22,  
Eisenbahnstr. 4.

**Steybeden**  
Bismarck, direkt Fabrik  
Bernhard Strommandel,  
72 Waisen 72/73 Spittelmarkt,  
6. Gehel 1 u. Nikolburg, Pl. 7  
Alle Steybeden werden aufgearb.

**Kinderland 1924**  
Ein Buch für unsere Jungen  
und Mädchen  
Mit reichem Bilderdruck  
berühmte Kalender-eigenen  
Geschichten — auch be-  
lehrende Inhalt, kleine  
Geschichte können das Buch  
zu einem immer mehr  
gerat in die Hand zu-  
nehmen Geschenk  
**Preis 1.— Mark!**  
zu haben bei allen Zeitungs- und  
Buchhandlungen in der  
**Vorwärts-Druckerei, Lindenstr. 1**

**Verkäufe**  
Bekleidungsstücke, Mäntel usw.

**Möbel**  
Kaufgesuche  
Schulstühle, zerbrochen, abge-  
schliffen, alle 1.00 abh. Wechsel,  
Friedrichstraße 4.  
Babusber laut Friedrichstraße 12.